

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

Sitzungsdokument

3. Dezember 2002

B5-0620/2002 }

B5-0621/2002 }

B5-0622/2002 }

RC1

GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht gemäß Artikel 42 Absatz 5 der Geschäftsordnung von

- Graham R. Watson und Diana Wallis im Namen der ELDR-Fraktion
- Heidi Anneli Hautala und Neil MacCormick im Namen der Verts/ALE-Fraktion
- Francis Wurtz im Namen der GUE/NGL-Fraktion
- Michiel van Hulten und Bill Miller

anstelle der Entschließungsanträge folgender Fraktionen:

- ELDR (B5-0620/2002),
- Verts/ALE (B5-0621/2002),
- GUE/NGL (B5-0622/2002),

zum Abgeordnetenstatut für die Mitglieder des Europäischen Parlaments

Entschließung des Europäischen Parlaments zum Abgeordnetenstatut für die Mitglieder des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die Erklärung des Rates und die Fortschritte, die im Hinblick auf eine Einigung über das Abgeordnetenstatut erzielt wurden,
 - gestützt auf Artikel 190 Absatz 5 des EG-Vertrags,
 - unter Hinweis auf die Empfehlung der Gruppe hochrangiger Sachverständiger zum Abgeordnetenstatut,
 - gestützt auf seine Geschäftsordnung und besonders Artikel 42 Absatz 5 und Artikel 163 Absatz 2,
- A. in der Erwägung, dass die Empfehlung der Gruppe hochrangiger Sachverständiger zum Abgeordnetenstatut implizit den Grundsatz der Gleichbehandlung und explizit die Grundsätze Transparenz, Vergleichbarkeit und Verbot versteckter Einkünfte als Grundprinzipien nennt, auf denen das Abgeordnetenstatut beruhen muss,
- B. in der Erwägung, dass der Rat während der belgischen Präsidentschaft eine politische Einigung über die Besteuerung der Abgeordnetenentschädigung erreicht hat,
1. bekräftigt die Notwendigkeit, ein einheitliches Statut für die Mitglieder des Europäischen Parlaments festzulegen und anzuwenden;
 2. fordert den Rat und das Parlament auf, rechtzeitig vor den Wahlen im Jahr 2004 ein gemeinsames Statut für die Mitglieder des Europäischen Parlaments anzunehmen, um die Gleichbehandlung aller Mitglieder und die Transparenz ihrer Bezüge zu gewährleisten, und so bald wie möglich einen Dialog aufzunehmen;
 3. bestätigt, dass folgende Grundsätze im Abgeordnetenstatut und in damit zusammenhängenden Rechtsinstrumenten oder Praktiken zur Regelung der verschiedenen Vergütungen, die den MdEP für wichtige Ausgaben gewährt werden, verankert werden sollten:
 - es darf keine versteckten Einkünfte geben;
 - jede Regelung bezüglich Abgeordnetenentschädigung, Ruhegehälter und Vergütungen zur Deckung notwendiger Ausgaben muss transparent sein;
 - die Regelung sollte leicht verständlich sein;
 4. fordert seinen zuständigen Ausschuss auf, auf der Grundlage der vom Ausschuss bereits geleisteten Arbeit und der Sondierungsgespräche seines Vorsitzenden mit den Mitgliedstaaten einen endgültigen Entwurf für ein Abgeordnetenstatut vorzulegen, das vom

RC\483838DE.doc

PE 325.564}

PE 325.565}

PE 325.566} RC1

Europäischen Parlament mit der einstimmigen Zustimmung des Rates angenommen werden kann;

5. fordert das Präsidium auf, unverzüglich Vorschriften über die Rückerstattung tatsächlich entstandener Ausgaben auszuarbeiten, die gleichzeitig mit dem Statut in Kraft treten sollten;
6. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission sowie den Parlamenten und Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.